

## B e g r ü n d u n g

### **Satzung über die Zulässigkeit von Antennenanlagen im Bereich der historischen Altstadt**

Planbereiche 01 "Innenstadt I", 02 "Innenstadt II" und 04 "Beutau"

Rechtsgrundlage für die Satzung ist § 73 Landesbauordnung (LBO), der Anforderungen zur Durchführung gestalterischer Absichten und besondere Anforderungen im Interesse schutzwürdiger Anlagen sowie Regelungen für Antennen zuläßt. Die Gemeinden werden ermächtigt, hier eigenes Ortsrecht zu setzen.

Die Satzung dient der Regelung der Gestaltung des Ortsbildes. Sie ist erforderlich, da insbesondere durch die relativ großen, flächigen und damit auffälligen Satellitenempfangsanlagen eine Beeinträchtigung des Erscheinungsbilds der historischen Altstadt droht. Mit dem Ausschluß dieser Antennenanlagen kann die Beeinträchtigung vermieden werden. Weiter sind auch Regelungen für die herkömmlichen Antennenanlagen erforderlich, um gestalterische Beeinträchtigungen durch eine Massierung solcher Antennen zu vermeiden.

Bei der historischen Esslinger Altstadt handelt es sich um einen in weiten Teilen erhaltenen, staufischen Altstadt kern mit den vorgelagerten, mittelalterlichen Vorstädten. Die besondere Bedeutung wird durch die Empfehlung des Landesdenkmalamtes unterstrichen, die historische Altstadt als Schutzzone gemäß § 19 Denkmalschutzgesetz auszuweisen. Der Geltungsbereich der Satzung entspricht der empfohlenen Schutzzone.

Geltungsbereich der Satzung ist nur der Bereich der historischen Altstadt; geregelt wird

- die Unzulässigkeit von Satellitenempfangsanlagen
- die Unzulässigkeit von jeweils mehr als einer Rundfunk- oder Fernsehantenne auf oder an einem Gebäude (soweit kein Kabelanschluß besteht)
- die Unzulässigkeit von Außenantennen, soweit der Anschluß an eine Gemeinschaftsantenne (auch Kabel) möglich ist
- die Unzulässigkeit von Leitungen für Antennen auf Dächern und Fassaden

Weiter sind Ausnahmeregelungen enthalten, die gewährleisten sollen, daß bei Vorliegen besonderer Verhältnisse Antennenanlagen zugelassen werden können und somit die Einschränkung der Empfangsfreiheit verhältnismäßig bleibt.

Mit der Satzung wird in das nach Art. 5 Grundgesetz (GG) gegebene Recht der Freiheit der Information eingegriffen. Art. 5 GG selbst beinhaltet, daß dieses Recht seine Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze findet.

§ 73 LBO setzt somit die Schranken des Art. 5 GG.

Der Eingriff in die Informationsfreiheit muß verhältnismäßig sein (Art. 14 GG).

Hier ist zwischen dem öffentlichen Belang der Gestaltung des Ortsbilds (unter Einbeziehung der Schutzwürdigkeit nach Denkmalschutzgesetz) und den privaten Belangen der Informationsfreiheit abzuwägen.

Heute besitzt die Information durch Funk und Fernsehen gegenüber den anderen Quellen einen besonderen Stellenwert. Demgegenüber steht jedoch die besonders schutzwürdige Altstadt, deren Erscheinungsbild durch die Anbringung von Parabolantennen bzw. durch eine Massierung herkömmlicher Antennen gefährdet ist.

In weiten Teilen der historischen Altstadt besteht bereits die Möglichkeit, an das Breitbandkabelnetz der Deutschen Bundespost Telekom anzuschließen. Die Telekom hat geäußert, daß die Verkabelung in der Innenstadt verstärkt vorangetrieben werden soll.

Somit kann davon ausgegangen werden, daß in einigen Jahren im Bereich der gesamten historischen Altstadt die Anschlußmöglichkeit an das Breitbandkabelnetz besteht.

Das Breitbandkabelnetz bietet eine Vielzahl an Rundfunk- und Fernsehprogrammen, die auch einige fremdsprachige Programme beinhaltet. Obwohl über Kabel nicht alle über Satellit ausgestrahlten Programme empfangen werden können, ist damit eine Informationsvielfalt geboten, die den Anforderungen an die Informationsfreiheit Rechnung trägt.

Soweit besondere Gründe vorliegen, wie das besondere Interesse eines Betriebes oder das Interesse ausländischer Einwohner, Heimatseher empfangen zu können, sind Ausnahmen von der Satzung möglich. Weitere Ausnahmen sind zulässig, soweit Satellitenantennen als Gemeinschaftsanlagen errichtet werden.

*Schulz*